

1 **Antrag Nr. U 6**

2
3

4 **Antragsteller: Juso Bezirksvorstand**

5
6

7 **Erneuerbare Energien**

8

9 Die Bundestagsfraktion soll dafür sorgen, dass das im Koalitionsvertrag vereinbarte Ziel, den Anteil regenerativer Energien am Gesamtprimärenergiebedarf bis zum Jahre 2010 auf 12,5 % zu steigern, konsequent eingehalten wird. Insbesondere im Bereich der Windenergieerzeugung soll der Bau neuer bzw. die Umrüstung bestehender Anlagen ermöglicht und ggf. gesetzliche Regelungen entsprechend abgeändert werden.

16 Gleichzeitig sprechen wir uns dafür aus, den Anteil erneuerbarer Energien zu erhöhen.

18

19

20 **Begründung:**

21

22 Der Ausbau regenerativer Energien muss konsequent vorangetrieben werden. Nur auf diese Weise wird ein Ressourcen schonender zukunftsweisender Umgang mit der Natur vollzogen. Gleichzeitig steht dies im Einklang damit, Unabhängigkeit von den global agierenden, auf Profit ausgerichteten und ethisch oftmals nicht bedenkenlos handelnden Energiekonglomeraten zu erlangen. Nur so kann den Bürgerinnen und Bürgern künftig Energie als existenzielle Ressource auf einem angemessenen Preisniveau angeboten werden.

31

32 Die Diskussion zum Klimawandel macht erneut deutlich, dass wir jetzt handeln müssen, um weiteren Schaden an Natur und Mensch zu vermeiden.

35

36 Die heute weitgehend von allen Staaten anerkannte Existenz des Klimawandels ist die größte Herausforderung für eine nachhaltige Entwicklung im 21. Jahrhundert. Am 16.02.2005 trat das Kyoto-Protokoll in Kraft und schuf erstmals einen völkerrechtlich verbindlichen Deckel auf den Ausstoß von Treibhausgasen. Neben dem Klimawandel bilden aber auch Armut, Umweltverschmutzung und mangelnde Lebensstandards in vielen Ländern weiterhin große Herausforderungen. Ein zentraler Bestandteil einer zukunftsfähigen Energiepolitik ist daher die Verknüpfung eines wirksamen Klima- und Umweltschutzes mit erfolgreicher wirtschaftlicher Entwicklung, hoher Versorgungssi-

Antragskommission:

Annahme

Weiterleitung:
Bundestagsfraktion

47 cherheit und sozialem Ausgleich. Dieser Anspruch spiegelt sich
48 im Koalitionsvertrag der Bundesregierung wider, in dem der ö-
49 kologisch und ökonomisch vernünftige Ausbau der erneuerba-
50 ren Energien als wichtiges Element der Klimaschutz- und Ener-
51 giepolitik klar „umrissen“ ist.

52
53 Das im Koalitionsvertrag vereinbarte Ziel, den Anteil regenera-
54 tiver Energien am gesamten Primärenergieverbrauch von 5,3 %
55 (Stand 2006) bis zum Jahre 2010 auf 12,5 % zu erhöhen bzw.
56 gemäß dem im Zuge der Europäischen Windenergie-Konferenz
57 EWEC in diesem Jahre von den EU-Regierungschefs betroffenen
58 Beschlusses auf 20 % steht jedoch oft in diametralen Gegensatz
59 zur Genehmigungspraxis der Kommunen. Aufgrund der Pla-
60 nungshoheit der jeweiligen Kommune werden Baugenehmig-
61 ungen für neue Windenergieanlagen (WEA) aus verschiedens-
62 ten Gründen abgelehnt.

63
64 Insbesondere die Energiegewinnung aus Windkraft stellt einen
65 gewichtigen Anteil bei der Erzeugung regenerativer Energien
66 dar.

67
68 Um einen Konsens zu finden zwischen den planerischen Inte-
69 ressen der Kommunen einerseits und der Notwendigkeit, den
70 Anteil regenerativer Energien zu steigern andererseits bietet
71 sich folgende Vorgehensweise an. Allein durch den Austausch
72 von Generatoren der ersten Generation mit einer geringen Lei-
73 stung von 0,25 MW, die vielfach noch im Einsatz sind, kann durch
74 den Tausch auf moderne Generatoren mit einer Leistung von 2,5
75 MW eine erhebliche Leistungssteigerung um den Faktor 10 er-
76 zielt werden. Hierfür ist eine Anhebung der Narbenhöhe sowie
77 ein größerer Rotorendurchmesser erforderlich, was letztlich
78 durch die Kommunen im Rahmen einer Zusatzgenehmigung
79 bewilligt werden muss.

80

81